

Der Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Mittwoch nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: Einzelheft monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 3,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlags-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg (GmbH) Halle, Vertriebsstraße 14.
 Anzeigenpreis: 10 Gehaltensätze je 1000 Mal. Halle: 10 Gehaltensätze je 1000 Mal. Berlin: 10 Gehaltensätze je 1000 Mal.
 Halle: Postamt Halle, Vertriebsstraße 14. Berlin: Postamt Berlin, Vertriebsstraße 14.
 Halle: Postamt Halle, Vertriebsstraße 14. Berlin: Postamt Berlin, Vertriebsstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Dienstag, den 10. November 1925 5. Jahrgang Nr. 250

Umsturzpläne bayrischer Monarchisten

Nur die rote Klassenfront kann den Monarchismus zertrümmern!

Berlin, 10. November.

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 9. November bringt ein vertrauenswürdiges Seite Meldungen über einen geplanten Umsturzversuch der Monarchisten in Bayern. Danach soll Graf v. Soben-Franckenstein und der ehem. Kommandeur der Bayerischen Reichswehrdivision, General Wühl, vor einigen Tagen zu den Spitzen der maßgebenden bayrischen Behörden gegangen und haben angefragt, wie man sich verhalten werde, wenn Kronprinz Rupprecht in nächster Zeit sich veranlassen ließe, die Gewalt zu übernehmen. Zur Begründung wurde angeführt, daß „das Volk in allen seinen persönlichen Sorgen Gefahr laufe, mit dem Befehlenden sich gleichmäßig abzufinden und daß der lebendige Wille zur Wiederherstellung der alten Staatsform nicht wachle, sondern bestände höchstens von Tag zu Tag an Spannkraft verliere. Es sei Zeit zum Handeln.“ Der General Wühl habe deshalb die Organisation „Die Bayernkreuz“ ins Leben gerufen, die vor allem mit dem „Heim- und Königshund“ die wichtigsten Stützen sein würden.

an die Stadt München lässt. Die Feier wurde als Probe-Mobilisierung aller monarchistischen Kräfte Bayerns durchgeführt. Die Prinzen des ehemaligen Königshaus mit Ausnahme des Kronprinzen, die Minister, Bürger, Hochschulleiter und Vertreter der Reichsbehörden waren sämtlich erschienen. Eine Reichswehrkompanie stellte die Ehrenwache, entgegen dem Verbot Gehehr. Prinz Leopold lehrte im Vorzuge des Kronprinzen Rupprecht einen Kranz an. Die bayrische Regierung hat zu den monarchistischen Vorfällen in Bayern noch keine amtliche Erklärung herausgegeben.

Angeichts dieser Umsturzpläne der bayrischen Monarchisten wird sich jeder Arbeiter dessen erinnern, daß gerade in diesen Tagen die sozialdemokratische Führerschaft sich in dem bekannten Dolchstoßprozeß in München bemüht hat, mit Erfolg nachzuweisen, daß sie diejenige war, die dieses Vaterland der Monarchisten gesteuert hat.

Wunderlich ist ein einziger sozialdemokratischer Arbeiter, daß in der bayrischen Republik die Monarchisten immer wieder Dörmischer bekommen, wenn er hört, daß Ober noch am 9. November den Höhenzollern der Tyron erpöckeln wollte, daß er mit dem General Gröner zusammen die weiße Heere mobilisierte, um die Revolution niederzuschlagen?

Die Monarchisten müßten bedenken, wenn sie nicht die ihnen heute noch von der Republik in so ausgedehntem Maße gewährten Pensionen bezogen würden, um ihre monarchistischen Umsturzpläne vorzubereiten.

Alles kommt darauf an, daß die breiten Massen der Arbeiter endlich begreifen, daß die Monarchisten deswegen sich immer wieder in einer soch unerschämten Art und Weise in der Republik breit machen können, weil der sozialdemokratische Weg der Klassenverehrung und Reaktionspolitik ein falscher gewesen ist.

Nur wenn sich jetzt aus den Massen heraus eine kampffähige rote Front bildet, kann die monarchistische Gefahr beseitigt werden. Genau so wie in Sowjet-Rußland die russischen Arbeiter und Bauern den Jarosinus nur los wurden dadurch, daß sie ihn im direkten Kampf niederlegten, genau so muß die deutsche Arbeiterklasse bereit stehen, um alle monarchistischen Gekülte und Putschabsichten schon im Keim mit allen Mitteln zu erledigen.

Die bayrische Regierung hat diesen Vorstoß abgelehnt, bisher aber verweigert, den Kabinettmitgliedern und den General Wühl verhaften zu lassen oder gegen sie vorzugehen. Die Berliner Presse äußert sich vorläufig sehr zurückhaltend. Die deutschen politischen Organe bringen überhaupt keine Mitteilung, über die Sache mit Stillschweigen hinweg. Das Berliner Tagblatt schreibt: „Gewiss ist es sehr erregend, daß die Herren Graf Soben und General Wühl die Güte hatten, von ihren Sophistereiplanen die maßgebenden bayrischen Behörden vorher in Kenntnis zu setzen. Aber mit dem abtörenden Beschluß, den sie sich holten, darf die Sache nicht erachtet sein.“ Wenn zwei kommunistische Delegierte eine entsprechende Anfrage bei dem preussischen Minister Georing gestellt hätten, dann wären sie vermutlich nicht mit einem motivierten Bescheid nach Saule gegangen, sondern sie wären zunächst einmal verhaftet und es wäre dann durch den Verrechnungsmittel ein Verfahren wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens eingeleitet worden. Die „Berliner Zeitung“ nimmt in einem Beiseitartikel zu dem Vorfall Stellung und verlangt, daß mit dem Monarchen ein ernstes Wort gesprochen werden müsse, weil diese man ihnen nicht mehr so hohe Verbindungen haben, die nur dazu benutzt werden, um monarchistischen Umsturzplänen die materielle Basis zu geben.

Am vergangenen Sonntag fand in München eine Versammlung des bayrischen Arbeiterverbandes mit der Hebergabe eines Grammaltes

Amerika, England und die deutsche Beute

Der maßgebende Artikel bildet mit dem in „Klassenkampf“ erschienenen Artikel „Der Schicksal der Welt“ vom 2. November, dem 6. November, und dem mit der Hebergabe Grammaltes und der amerikanischen Kapitalisten vom 7. November ein einheitliches Ganzes. Was einmal fordern wir unter Preis und Gewinn auf, gerade diesen tiefsten Stützpunkten von Europa, die in der Weltwirtschaft Europas, und vor allem in den Deutschen, durch das amerikanische Kapital liegen, die allerschwerste Bedeutung zu überlassen.
 Redaktion des „Klassenkampf“

Von den amerikanischen Wirtschaftskräften wird seit September mit großer Eifer die Frage diskutiert, was gegeben solle, wenn die günstige amerikanische Handelslage auch für die Zukunft Bestand haben sollte und wenn man auf die Dauer noch amerikanische Kapitalüberflutungen leisten könne. Zu dieser Frage nimmt nunmehr J. J. Schick, Direktor der Bank von England, das Wort. Dieser Schick ist Mitglied des Dames-Komitees. Seine Ausführungen zeigen sehr deutlich wirtschaftliche Kenntnisse, welche gegenüber noch im vorigen Jahr nicht zu erwarten waren. Außerdem legen seine Ausführungen Zeugnis ab von der Hoffungslosigkeit aller Verträge der internationalen Bourgeoisie, auf kapitalistischer Grundlage eine gut funktionierende Weltwirtschaft wieder aufzubauen.

Der Schick macht folgende Rechnung auf: Bereits bevor die Ausdehnung der englischen und anderer Kriegsschiffe an Amerika begann, haben die Vereinigten Staaten jedes Jahr etwa 4 Milliarden Wert an den Ausländern ausbezahlt, und wenn man die unterschiedlichen Subjekte gar nicht berücksichtigt, so waren zu jeder Zeit bereits mehr als 20 Milliarden Wert amerikanisches Kapital im Ausland angelegt.

Man darf nun an, daß Amerika eine gegenwärtige Wirtschaftspolitik verfolgen und jedes Jahr seinen Kapitalüberflutungen zulässig der Armeen und Abzahlungen der internationalen Kriegsschiffe im Ausland läßt, und außerdem auch, wie es heute geschieht, die Zinsen und Dividenden für die Anlagen nicht nach Amerika zurückzuführen läßt, sondern erneut im Ausland anlegt, so würde das in einem Zeitraum der wirtschaftlich betrachtet, sehr kurz ist, zu einer gewaltigen Umwälzung der weltwirtschaftlichen politischen Machtverhältnisse führen.

Nimmt man nämlich den jährlichen Kapitalexport Amerikas auf nur auf 2,5 Milliarden Wert an, so würden bereits in 20 Jahren die jährlichen Kapitalanlegungen Amerikas im Ausland die jährlichen Kapitalanlegungen in Deutschland übersteigen, und in 30 Jahren würde sich auf mehr als 85 Milliarden Wert belaufen, ohne daß der Außenhandel sich erheblich gegen den jetzigen Stand verschoben zu haben brauchte.

In 30 Jahren würde sich die jährliche Kapitalausfuhr auf 11 Milliarden Wert und die Gesamtsumme der Kapitalanlegungen auf über 175 Milliarden Wert erhöht haben, und in 50 Jahren — einem Zeitraum, der kurz ist, wenn man die Abzahlungsdauer der internationalen Schuldenprobleme berücksichtigt — würden die jährlichen neuen Kapitalanlegungen Amerikas im Ausland bereits 25 Milliarden betragen und die Gesamtsumme des amerikanischen Auslandskapitals würde 450 Milliarden übersteigen.

Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß durch Verwendung der amerikanischen Exportkapitalien die Zinsen erheblich ausziehen würden.

Stamp untersucht dann weiter, wohin wohl diese riesigen Kredite fließen würden und auf Grund der gegenwärtigen Auffassung der amerikanischen Wirtschaftler und Finanzleute kommt er zu dem Ergebnis, daß der größte Teil der Auslandsinvestitionen nach Deutschland geleitet werden soll. Er berechnet, daß, wenn auch nur die Hälfte des amerikanischen Kapitalexports nach Deutschland geleitet würde, in 30 Jahren die amerikanischen Kapitalanlegungen in Deutschland sich auf mehr als 85 Milliarden, d. h. über 20 Prozent des deutschen Nationalvermögens, belaufen würden. Er erklärt, daß die Vergabe einer solchen Kreditsumme nicht als eine einfache Kreditoperation zu betrachten ist, sondern als eine dauernde Anlage. Auf Grund einer roten Berechnung nimmt er an, daß etwa 25 dieser Summen eine hypothekale Anlage auf die deutsche Wirtschaft bedeute und daß die restlichen 2 der amerikanischen Kapitalanlegungen nach Deutschland die Form von Neugründungen in Deutschland annehmen würden, und daß hierbei das normale Wachstum des deutschen Nationalvermögens normaler Weise in amerikanische Hände übergeht.

Was ist der Sinn dieses Kapitalismus, dem von der ganzen englischen Welt erhebliche Aufmerksamkeit geschenkt wurde? Herr J. J. Schick ist a. m. p. Mitglied des Dames-Komitees, gibt in einem Stoßgeheiß für das englische Kapital beunruhigende Antwort, indem er ausruft: „Was ist es, so frag man sich, die Verheißung einer Aufzucht- und Ausbeutung der Exportüberschüsse der Vereinigten Staaten möglich, eine derartige Stellung zu wählen, ohne daß Deutschland wirtschaftlich eine Provinz der amerikanischen Union wäre?“

Nun — man kann Herrn Stamp antworten —, die Morgan-Rodoloffen, Joch usw. hätten sicher nicht den amerikanischen Kapitalismus in einen industriell und wirtschaftlich so entwickelten Stützpunkt zu sichern, wie Deutschland. Heute weniger denn je, da bis bisher die deutsche Arbeiterklasse so geübt wie kein Proletariat der Welt einer Ausbeutung gefügt hat, die durchaus an koloniale Maßstäbe heranreicht.

Die Hoffnungen der Stamps legen die gewaltigen Reichträge bloß, die die imperialistischen Mächte Europas an den Kontinenten in Europa gewonnen haben. Die Kapitalausfuhr Amerikas ist keine so freiwillige Angelegenheit der amerikanischen Kapitalisten, wie es manchmal „Berechnungen“ zeigen. Ein ungeheurer Druck des von den Vereinigten Staaten immer neu erzeugten Kapitalismus zwingt sie, ihr eigenes Unterliegen, in einem breiten Strom Kapital und Güter ins Ausland zu leiten. Der Versuch der Vereinigten Staaten, sich um das „trante Europa“ nicht zu kümmern und lediglich Südamerika und Ostasien als Absatzmärkte zu betrachten, ist als gescheitert zu betrachten. Diese Länder sind nicht

Die SPD geht lieber mit der Bourgeoisie als der Arbeiterklasse

Bisher keine Antwort auf das Listenverbindungsangebot der KPD.

Nach einer Woge ist es her, seitdem die Bezirksleitung der KPD, Halle-Merseburg sich um den Bezirksvorstand der SPD, gewandt hat, mit dem Vorstoß, bei den Provinziallandtagswahlen eine Listenverbindung vorzunehmen.

Obgleich der Termin für die Eintragung der Listenverbindung am morgigen Mittwoch, dem 11. November, abläuft, liegt bis heute keinerlei Antwort der Parteiführungen der SPD, vor.

Damit ist mit Sicherheit zu rechnen, daß die SPD, bewußt die Listenverbindung umöglich machen will. Es ist noch nicht bestimmt, ob dieser Zustand von den sozialdemokratischen Parteiführungen irgendwie durch irgendwelche schriftliche Ausrede nachträglich verschleiert wird oder ob wir überhaupt keine Antwort erhalten. Praktisch jedenfalls bleibt es bei ein und derselben Tatsache:

Die sozialdemokratischen Führer wollen auch in Zukunft lieber die Koalition mit den bürgerlichen Parteien in Provinziallandtag, als daß sie auch nur den Versuch unternehmen, durch Listenverbindung mit der KPD, die Mehrheitsverhältnisse im neuen Provinziallandtag zu ändern zugunsten der Arbeiterklasse.

In dem christlichen Betreiben, den Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten, Kranken und Waisen und überhaupt allen Leidenden der wertvollen Bevölkerung durch die Eroberung einer roten Mehrheit im Provinziallandtag zu helfen, hat die KPD, den Vorstoß der Listenverbindung an die SPD, gemacht. Wir waren der Ansicht, daß es in dem Moment, wo durch die Ausbeutung aller Arbeiterklassen eine rote Mehrheit sehr wohl möglich ist, es ein bloßes Parteiprejudiz einer proletarischen Organisation nicht geben darf. Trotz der Vergangenheit der SPD, trotz ihrer unentwegten Koalitionspolitik gegen die Arbeiterinteressen, trotzdem gerade durch die Schuld der SPD, jeder kommunistische Einfluß, d. h. jeder Arbeitereinfluß, aus den Organen der Provinz ausgeschlossen wurde unter Verrechnung der doch gerade von den Sozialdemokraten so hoch gerühmten Demokratie, trotzdem haben wir den Vorstoß der Listenverbindung gemacht. Daraus kann die gesamte Arbeiterklasse erkennen, daß die KPD, tatsächlich die Interessen der wertvollen Bevölkerung über alles stellt, daß aber auf der anderen Seite die sozialdemokratischen Führer gar nicht daran denken, in Zukunft sich in die proletarische Front zu stellen.

Eine Frage stellen wir an alle sozialdemokratischen ehrlichen Arbeiter:

Wenn statt der Arbeiterpartei der KPD, etwa die bürgerlichen Sozialisten die schwarzen Zentunen, die gelben Deutschen-Blockparteien, die roten SPD-Führer gewandt hätten, mit dem Antrag der Listenverbindung, hätten diese dann nicht sofort freudig zugestimmt?

Das heißt, zumal jetzt, nachdem die SPD-Führerschaft vor der Verantwortung unseres Angebots gestiften ist, außer Zweifel. Das bedeutet aber, daß

die SPD-Führerschaft den Interessen der Bourgeoisie viel näher steht als den der gesamten Arbeiterklasse

Jetzt liegt es auf der Hand, daß die einzige Partei, die wirklich proletarische Politik, die wirklich die bürgerliche Mehrheit im Provinziallandtag führen, die wirklich eine einheitliche Kampffront gegen die Reaktion schaffen will, die Kommunistische Partei ist.

Nachdem die Führung der Sozialdemokratie in einer solchen feigen Art und Weise sich vor der Verantwortung und vor dem geschulten Vorstoß gebückt hat, steht jeder Arbeiter ein, daß es jetzt gilt, mit allen Kräften diese kommunistische Partei als die wirkliche Arbeiterpartei zu unterstützen. Gerade wegen der Sabotage der SPD-Führungen fordert die kommunistische Partei alle Werktätigen in Stadt und Land, alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, am 20. November die Kräfte anzuheben, damit die bürgerliche Mehrheit im Provinziallandtag verschwindet und die Provinz Sachsen, diese Provinz im roten Herzen Deutschlands, sich

den Ehrennamen einer roten Provinz erobert.

Dafür sind die Massen auf dem außerparlamentarischen Boden der Beträge und Wähler sich vor der Verantwortung und vor dem letzten Arbeiter muß ganz Bewußtsein geteilt werden, daß jede Stimme für eine bürgerliche Partei ein Fauststoß in sein eigenes Gesicht, jede Stimme für die KPD, aber eine Zustimmung für den Kampf gegen die Reaktion ist, daß es also für jeden ehrlichen Proleten nur eine Möglichkeit gibt:

Am 20. November die Stimme der KPD!

Schulwoche im Landtag

Das ist die Republik: Alles für die Schulen der Bourgeoisie — Nichts für die Volksschule und die Junglehrer

In der Lage, die sich immer freiziehenden Kapitalismen voll aufnehmen, um so weniger, als das Erwachen der Kolonialpolitik im nahen und fernen Osten nicht gerade zu einer Erhöhung der Profite beiträgt.

So werden denn die amerikanischen Groß-Bankhäuser ihre Aufmerksamkeit dem alten Europa zuwenden, es auf ihre Art zu kurieren. Sie wollen die wirtschaftliche und politische Realität der europäischen Imperialisten mit dem, um „den europäischen Markt zu betreiben“, Krieg in Europa. Demnach hat Amerika, der wirtschaftlich mächtigste Imperialismus der Welt, sein Interesse „den Krieg beizubehalten für die Geographie der Erde, die es an Europa gehen könnte. Frieden in Europa: Das heißt, gute Zinsen und Sicherheit; Sicherheit für seine Kapitalisten. Es sind mangelnde Mittel, die die Kapitalisten anderer Weltteile nach Europa geziehen haben und die Einkünfte, die unter den feierlichen Friedensschleibern dort geflossen werden, verfolgen alles andere als friedliche Zwecke. Aber die Form, in der sie den Aufmarsch zu künftigen Konflikten vollziehen, wurde erzwungen durch den Willen des amerikanischen Geldgebers. Wie können die Wünsche der amerikanischen Kapitalisten nach „friedlichem Markt“ in Europa müssen nämlich solange letzte Form bleiben, wie die Bedingungen der europäischen Staaten bestimmt werden durch ihre imperialistischen Interessen, und diese Interessen haben auch bewirkt, daß die Konferenz von Locarno, die nach dem Wunsche des amerikanischen „Friedens“ formiert, begann, das System der Kriegsbündnisse, das die Welt in noch ein anderer Faktor, der sowohl das europäische wie auch das amerikanische Kapital wegschleift in die Richtung zu leben und das seine künftigen „Kombinationen“ zum Zweck jagen wird.

Das internationale Proletariat.

Reichstageseinberufung frühstens am 23. November

Loche bei Hindenburg und Luther — Er tritt für die Große Koalition ein

Berlin, 9. November. Loche ist nach seiner Rückkehr von Amerika zu einer Zusammenkunft mit Hindenburg und Luther sofort nach Berlin gekommen, zusammen mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hildebrand und Frau Schröder. Er erklärte auf Verlangen, daß der Ständehaus der Parteitag der Demokraten und der Zentrum keine Einberufung des Reichstages stattfinden konnte und mannte als dies die Hindenburg. Er sprach sich für die Große Koalition aus, erklärte aber die gegenwärtigen Aussichten für ihre Verwirklichung für schlecht.

Berlin, 10. November. Reichstagspräsident Loche, der von Amerika zurückgekehrt ist, wurde heute von Luther empfangen, der ihm die Gründe der Einberufung des Reichstages sprach. Wie die hiesigen Blätter mitteilen, ist Loche der Meinung, daß die Einberufung nicht überflüssig werden darf. Der Reichstag soll wohlfröhlich, trotzdem er nur bis zum 19. d. d. tagen soll, frühstens am 23. November einberufen werden.

Im Geiste von Locarno

Gehemhaltung der Entente-Befehle in der Entwaffnungslage

Berlin, 10. November.

Die neue Entwaffnungsgesetze in Deutschland, die eine Reihe von Entente-Befehlen enthält, wird nicht veröffentlicht, ebensowenig wie die deutsche Entwaffnungsgesetze veröffentlicht wurde. Die deutsche Öffentlichkeit darf also nicht erfahren, welche Befehle die Entente im Geiste Locarnos überland und welche Befehle Luther und Hindenburg nach dem Geiste der Vorkriegsallianz und des sogenannten Räumung kann man überhaupt nur aus der ausländischen Presse etwas Bestimmtes erfahren.

Noch Einiges über die Schwarze Reichswehr

Die Hintermänner und Geldgeber

Die Enthüllungen der „Weltblitz“ über die schwarze Reichswehr beleuchten ein interessantes Kapitel aus dem Jahre 1923. Aber gerade die wichtigsten Kapitel, die der Gründung und Finanzierung und die der weiteren Einteilung der schwarzen Reichswehr werden uns beziehungsweise vorenthalten. Seit dem November 1918, ist der Beschaffung des allen weltbekannten Hetzes und dem Erlaß der Entwaffnungsbefehle durch die Entente erarbeitet die deutsche Bourgeoisie an der Schaffung von bestimmten Sonderorganisationen, in der Hauptphase bestimmt zum „Kampf gegen den inneren Feind“. Die Geldgeber und Gründer der schwarzen (d. h. abenteuervertriebenen) Reichswehr waren die Industrie- und Handelskreise der Landeshauptstadt, die die Entente die Wahrung der Reichswehrtruppen verlangte, wurden im Auftrage der Reichsregierung „Arbeitskommandos“ bei der Reichswehr geschaffen, um die überschüssigen Soldaten in Ordnung zu halten, d. h. nach dem Willen der Entente in das Wirtschaftleben überzuführen, nach dem Willen der Industrie- und Handelskreise als militärische Reserve zusammenzuführen und — als ein vielfaches zu vermehren. Große Firmen wie z. B. Thyssen & Co. (Köln) (Kuh) verurteilten zuverlässige Angestellte und Arbeiter für längere Zeit mit vollem Gehalt oder Lohn unter der Bedingung, daß sie sich bei den Formationen ausbilden ließen. Auf diese Weise wurde außer der hiesigen Reichswehr eine große Reserve geschaffen.

Die Werbung der Reichswehr gelang durch „Streikoffiziere“ — das sind in die Kreise eingetreten, welche Kreis- (Kreisoffiziere) angestellt — und bei den ungeschickten Gutsobersten untergebracht. Die K.O. werden Bauernhöfe, Landarbeiter und Güter angestellt, möglichst junge Leute (18 bis 18 Jahre). Von vornherein verlangten sie „im Interesse der vaterländischen Sache“, daß sie sich in einem bestimmten Lohn begnügten. Sie werden in zwei Teile eingeteilt: „Jubiläumspagisten“ und „aktive Formationen“. Aus den Jubiläumspagisten, die theoretische Ausbildung erhielten und Übungen veranfaßten, wurden die zuverlässigsten Militärlieferanten in die aktiven Formationen überführt. Innerhalb 3 bis 6 Stunden konnte die Truppe kampfbereit am Bestimmungsort aufgestellt werden.

Die Einrichtung der Spitzel- und Fernaufstellungen bei der schwarzen Reichswehr war unmöglich gegen den Willen und ohne Wissen der Geldgeber der Industrie und des Gutsobersten. Im Gegenteil, sie waren die eigentlichen Führer der schwarzen Reichswehr und der hiesigen Formationen.

Man heute unter den Entente alles plötzlich von diesen Organisationen abzuhängen und die Verbindung mit ihnen zu trennen, so besteht jeder die Wollie dieser Vorkriegs-Planeten.

Demokratie!

Polizeikommissar gegen kommunalistische Stadtverordnete

München, 9. November.

An der Stadtverordnetenversammlung am vergangenen Freitag kam es zu einem großen Tumult als die kommunalistischen Fraktionen eine Erklärung gegen die Beschlüsse der Bürgermeisters gegen die KPD abgeben wollte. Der Bürgermeister hatte die KPD, die Separatisten bestraft. Diese Erklärung wollte unsere Genossen am so sehr erwidern, als sie in der Separatistenliste die einzigen waren, die mit dem KPD nicht Separatisten sein wollten. Die Bürgermeister haben. Als ein Stadtverordneter eine entsprechende Gegenklärung versetzen wollte, entzog ihr der Bürgermeister das Wort, erzielte ihr drei Ordnungsriefe und ließ sie von der Sitzung aus. Ein zweiter Genosse, der die Erklärung weiter versetzen wollte, wurde ebenfalls als Separatist bezeichnet. Der Genosse hat dann nicht gewillt, sich der Bürgermeister beistimmen herbei, die sich mit Gummistücken auf die kommunalistischen Stadtverordneten kürzen. Gumpowitsch rufen einem Stadt-

In der vergangenen Woche wurde im Preussischen Landtag der Etat des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beraten. Das Saus war die ganze Lage äußerst schwach besetzt; der meiste Fraktionen waren nur die sogenannten „Jugendpolitischen“ vertreten. An dem Etat ist ja ohnehin nichts mehr zu ändern, nachdem er mehr als ein halbes Jahr lang in Kraft ist und größere Geldmittel für die Schule werden ganzlich nicht bewilligt, das haben der Ministerpräsident Braun, der Finanzminister und der Volksminister Severing verboten. Wenn also trotzdem Bürgerliche und Sozialdemokraten von Schul- und Lehrereinstellung Maßnahmen treffen, so war das pure Heuchelei. Die Reichsregierung bekommen natürlich ihre Teuerungszuschläge in der Höhe, wie sie verlangt wurde. Wer sich darüber beschwerte, die Waisen gehören in der preussischen Republik mit dem Sozialdemokraten an der Spitze zur „Kultur“. (Was sind doch die französischen Bourgeois für Unmilitäre, daß sie schon jetzt mehr als hundert Jahre die Kirche rufen zum Sturz treiben!)

Andere Genossen betonten bei jeder Rede über den veralteten, unsere grundsätzliche Auffassung vom Wesen der gegenwärtigen Schule, und sie wiesen auf Sowjet-Rußland hin, wo trotz der größten Armut in den vergangenen Jahren ein sozialistisches, nur produktiver Arbeit einseitig, reich geliebtes Schulwesen aufgebaut worden ist.

In Deutschland und Preußen aber diese die Schule in ihren wertvollsten, schließlichen Teilen einschließen, die Bourgeoisie, als ein Instrument der Klassenherrschaft über das Proletariat.

Weshalb Genosse Kersch allgemein gesprochen, insbesondere zum Kampf der proletarischen Klasse gegen das Reichsschulgesetz und gegen das wieder überhandnehmende Kolligium aufzuweisen habe, erörterte Genosse Kilian zwei Punkte, die die Lehrer besonders angehen, die Lehrerbildung und die Junglehrer.

Genosse Kilian: Es hat bereits zwei Tage dauernde Diskussionen einwo die vielgestaltige „preussische Schule“? Minister Beder versucht mit der „demokratischen Methode“ die Reaktion auf Schulreformen vorzubereiten zu bringen. Stundentafel für den Schulbesuch festgelegt worden. Die Kommunisten protestieren ebenfalls die Schärftigkeit gegen das neue Gesetz. Aber es muß festgestellt werden, daß, als im Jahre 1923 die Sozial-Gewerkschaften die Ministerkammerlaube hundert sozialistische und kommunistische Lehrer einsetzte und aus dem Amte jagte, die heutigen Schulverhältnisse schonmal geschrieben haben.

Gegen die Bestrebungen des preussischen Staates, die alten Seminare in logenante pädagogische Akademien umzuwandeln und die Lehrer von der Hochschulbildung auszuschließen, haben sämtliche Lehrerorganisationen erfolgreich protestiert. Die Lehrerorganisationen werden nur dann erfolgreich für eine bessere Lehrerbildung kämpfen können, wenn sie mit der hiesigen kommunistischen Arbeiterklasse zusammengehen. Die hiesigen kommunistische Arbeiterklasse hat ein hartes Interesse daran, daß die Lehrer der Arbeiterbewegung seine Heilosen, Bildungsunterstützung, sondern militärisch geübte Menschen sind. Der Kapitalismus hat ein hartes Interesse an der völligen Wiederherstellung der Berufsarbeit und somit auch der proletarischen Klassen.

Das Schulgesetz hat zwei Tage dauern. Man hat darüber

des himmelscheulende Gend der Junglehrer

versehen. Von seiner Seite sind positive Ansetzungen zur Beilegung der Streitigkeiten worden. Die Provinz hat ein 1000 einseitige Zuschüsse von 15 000 preussische Reichsmark mit nur einem Reiter. Die Veranbarung der einseitigen in zweiwöchige Schulien und die Belegung der zweiwöchigen Schulien mit zwei Lehrkräften würden mit einem Schläge den mehr als 30 000 stellungslosen Junglehrern Beschäftigung geben. An den Großstädten würde eine Beschäftigung der Schulreformer ermöglicht sein. Das kostet allerdings Geld und für zukünftige Dinge hat man im Preußen der Weimarer Koalition nur Geld für Gendarmerie, Gumpo und Kalkematten. Erst ein proletarisches Deutschland wird die kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse befriedigen können.

Gegen die immer höhere Summen Staatsverge verfallende Belegung der Schulen und Klassen wandte sich in scharfer Rede Genosse Müller (Frankfurt). An der Spitze einer von ihm vorgeschlagenen Reihe von Gegendern, die die Unmöglichkeit und das Verbrechen bekämpfen und die Moral haben wollen, fand Vektor K. ob. ob. (Stahl) auf, bei den eine Beziehung zu den natürlichen Verhältnissen überlassen aus ein demokratischer Sport hürmies. Die Beschäftigung der proletarischen Arbeiterkräfte bei der Verteilung von Staatsmitteln und die Belegung der Nationalitäten und Monarchien brandmarkt bei einem anderen Vorkämpfer Genosse Selheim. Beim Vorkämpfer in der Öffentlichkeit, vielen Studenten maßgeblichen, letzter feindschaften „Geistes“, die jetzt um so gefährlicher sind, weil die

verordneten die Kleider zum Leibe und brangen mit einem Stahl auf sie ein. Die Sitzung wurde unterbrochen. In einer dieser einseitigen Beschlüssen billigen alle Fraktionen mit Einschluß der SPD, in einer Erklärung des provisorischen Vorgehen des Bürgermeisters.

Der reformierte Reichswirtschaftsrat

Der Vorkämpfer Reichswirtschaftsrat soll reformiert werden. Während die Weimarer Verfassung der großkapitalistischen Republik ermöglicht wurde, ist der Reichswirtschaftsrat der Reichshilfsminister, dessen Geschäftsbereich die Reichshilfsminister Verfassung erantent wollte, immer nur vorläufig geblieben. So politisch, daß er jetzt endgültig abgebaut werden soll. Er, der bisher schon fast nur ein Schattenbild war, soll zu Tode reformiert werden; er soll nur noch insofern existieren, als er schattenloses Unternehmerräte stellt.

Der reformierte Reichswirtschaftsrat soll verkleinert werden: von 226 auf 120 hiesige Mitglieder. Die 126 Mitglieder umfassen vier Abteilungen: 1. Unternehmern mit 41 Mitgliedern; 2. Arbeiter mit 41 Mitgliedern; 3. Vertreter der privatwirtschaftlichen Körperschaften mit 14 Mitgliedern; 4. von Regierung und Reichsrat ernannte 20 Mitglieder. Doch in dieser vier Abteilungen das Unternehmertum die überwiegende Mehrheit hat

reaktionären Personen und Studenten sich nach Meinung des Ministers „vernünftig“ zeigen, frag wieder Genosse Kilian eine Fülle von Tatsachen vor, aus denen geradezu ein System von Arbeiterfeindschaft spricht.

Genosse Kilian:

Der „Geist“ an den Universitäten ist noch immer Arbeiterfeindschaft, Mithaltung des arbeitenden Volkes. Er ist besonders gefährlich, wo er sich nicht in den vielen nationalpolitischen Exzellen ausstößt, sondern langsam legal auftritt. Wenn deshalb der Minister zuzustimmen ist, hat das Proletariat Grund, unzufriedener und mißtrauischer zu sein als bisher. Volkshochschulen sind nicht anders als Burgschulen, minderwertige Abfälle vom Tische der Bourgeoisie. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Studentenerziehungs werden fortwährend unterirdisch behandelt. Die Nationalitäten können in Universitätsräumen selbst gegen die Republik stehen. Ein Vorkämpfer des Akademikers Wittfogel über „Benutzungsplan in der Geschichte“ wird verboten. Aber Lenin wird seinen Platz in der Geschichte trotzdem haben, auch dann wenn die Kamer. Volk und Partei nicht. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Arbeiterfeindschaft ist die Erhöhung der Kollegialer gemeinen. Der „Ballast“, von dem man nach Prof. Voetste die Universität Berlin trennte, als die Frequenz von 12 081 im Jahre 1923 auf 7 771 im Jahre 1924 herab gesunken wurde. Das sind die proletarischen Studenten aus der Arbeiterfeindschaft, dem Mittelstand, dem Kleinrenten der untern und mittleren Beamten. An der Berliner Universität ist das Arbeiterelement nur noch mit 7,5 Prozent vertreten. (Hört, hört! links.)

Die Bourgeoisie will den geistigen Aufstieg der Bevölkerung nicht, Bildung und Wissenschaft soll ihre Domäne bleiben.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Dieser Klassengeist gestattet keine Konjessionen. Die Universität Frankfurt, Vorkämpfer des Sozialdemokraten Sänckel, bestimmt, den Sozialwissenschaftler insbesondere zu dienen, ist wie alle anderen Universitäten, Forderung des Nationalismus der Arbeiterfeindschaft. Der allgemeine Studentenausschuss mit väullicher Mehrheit befehlt, alle Quoten von der Universität zu entfernen. Ausgerechnet in Frankfurt, der Domäne desudentums! (Geister!) Rektor Geiger unterdrückt die kommunalistische Studentengruppe, schließt auch die sozialistische Gruppe. Professoren streiten in den Kassen gegen die einseitigen Arbeiterfeindschaft. Ein Vorkämpfer der Arbeiterfeindschaft, an dem der Unternehmertum das Recht an Mitsprache. (Hört, hört! links.) In Göttingen verurteilt der Reichsprofessor Wimmer der kommunalistischen Studentengruppe ein Privatlokal abzubauen, in dem der Leiter Heinrich Bogeler über seine Erfolge in Ausland sprach. Witterung war der Erfolg, daß der Vorkämpfer so hart befehlt war, wie nie eine kommunalistische Versammlung vorlieh. (Geister!) Witterung müße man sich gegen die Ausnahmestimmungen gegen die Berufsstudenten. Der Arbeiterfeindschaft sind gerade nicht erwünscht, weil die Gefahr des Lebens und Streikrisikos besteht. Über gegenwärtig ist der Verdacht die einzige Möglichkeit des Hochschulstudiums von Arbeiterfeindschaft. Wenn an der Universität nicht kein die Studenten im Transportarbeiterfeindschaft amlich zum Streik aus angefordert werden, wegen sich sogar die Vorkämpferbehörde wandte, so ist das ein Standal. (Sehr richtig! links.) Unerbitt sind auch gewisse Vorkämpfer an der Berliner Charite, wo ein Professor vor Studenten am Operationsstisch erklärt hat, daß Arbeiter seien kostspielige Operationen nicht angebracht.

(Hört, hört! bei den Kommunisten.) Nachdem Genosse Kilian die Forderungen der proletarischen Studenten auf soziale Staffelung der Gehältern und Kollegialer, Lehr- und Vermittlungsfreiheit für alle Studenten, Abschaffung aller Beschränkungen der Arbeit und ausländische Studenten begründet hatte, schloß er: Die Universitäten konfessionieren den Marxismus und die marxistische Literatur. Sie dürfen höchstens die Euragoge des Professors Lenine. Sie wollen Lenin den Platz in der Geschichte freitig machen. Seine Gedanken werden sich trotzdem durchsetzen und damit die Forderung der Sowjet-Rußland Wirklichkeit ist: Die Universitäten den wertvollsten Volk!

Am Freitag wurde die Debatte mit der Einzelberatung in später Abendstunden abgeschlossen. Die Möglichkeit von Jüminutentreden konnten unsere Genossen wiederholt. U. a. wurde der unerhörte Fall der Hilschmullererin Heidel von Pictorius vorgebracht, die sich nicht scheute, ganz schwächlichen Kindern blutunterlaufenen Stricken auf den Körper zu prägen. Endlich wurde von uns gegen das Verbotigen protestiert, das die Regierung der Universitätsverwaltung in Halle zugemutet habe, damit die staatliche Universitäts-Kinematografie fertig gebaut und mit Wälfen versehen werden konnte. Die Verhüllen der Regierung Strauß-Georging kennzeichne ihr mangelndes Interesse an der Gesundheit der proletarischen Kinder, die doch ausschließlich in der Volkstift unterrichtet werden sollen.

Die Abstimmung findet am 13. November statt.

die Arbeiterfeindschaft in eine hoffnungslose Minorität gebannt ist, liegt auf der Hand. In einer dieser einseitigen Beschlüssen billigen alle Fraktionen mit Einschluß der SPD, in einer Erklärung des provisorischen Vorgehen des Bürgermeisters.

Wacht der Beamten zur Streikarbeit

An der „Juristischen Rundschau“ Nr. 12 wird eine Abhandlung über die „Wacht der Beamten bei Staatsnotstand „Streikarbeit“ zu veröffentlichen (S. 10 RGS), abgedruckt. Nachfolgendes Zitat beweist mit aller Offenheit, zu welcher schädlichen Rolle der Staat seine Beamten streikenden Arbeitern gegenüber zwingen will.

„Der Beamte ist nicht allgemein verpflichtet, eine Arbeit, die nicht in den Bereich seines Dienstes fällt, zu verrichten. Selbst das Beamtenverhältnis hat er jedoch die „Rechtspflicht“, für die Dauer eines vorübergehenden Fortfalles des Staates infolge Streits auf Antrag hin auch solche Arbeiten zu übernehmen, die nicht in seinen Dienstbereich fallen, mögen sie auch niedrigerer Art sein. Der Beamte kann also nicht einwenden, daß die ihm angefallene Arbeit ihrer Art nach nicht annehmbar für ihn sei. Obwohl er nicht geltend machen, er wolle nicht den Umständen in den Rücken fallen“ und sich deren Mithaltung zu geben. Auch ist es für seine Beamtenpflicht gleichgültig, ob er den Streik für gerechtfertigt, ob er Staatsnotstand für gegeben hält oder nicht.“

Gegen die Zumutungen, die hier den Beamten gestellt werden, müssen die Beamten aufs lebhafteste protestieren. Die Beamten werden in ihrer Würde genau so verletzt, wie die Arbeiter. Das gemeinsame Schicksal muß sie darum zusammenführen. Ein Staat, der seine Beamten verurteilt, ist, hat auch nicht das geringste moralische Recht, von „Beamtenpflichten“ zu sprechen.

Genosse Arabi, Beendort!

Am Freitag, dem 6. November, fand nach langen Weiden unter langwieriges Parteiliches Genosse Wilhelm Herdt, Beendort. Seit fünf Jahren leitete er als Vorkämpfer die Ortsgruppe der KPD in der Zeit der Verhaftung des Sozialismus (siehe in ihrem Blatt) als Schloß im Jahre 1912 einen schweren Unfall. Jede Arbeitsmöglichkeit wurde ihm genommen. Er wurde als unumkehrbar der Arbeiterbewegung. Viele Arbeiter haben im letzten Herbst eine Sitzung, einen Vertreter gefunden. Mit kleinen Mittelstücken, die er in den letzten Monaten der Verhaftungsgeschichte (siehe Ortsgruppe zusammen, 1921 leitete er der Partei wertvolle Dienste. Wir haben einen guten Gewissen in Wälfen verloren, besten Wälfen den Herzen der Arbeiterklasse geschickt ist.

